

**An:** Papsthart, Stefan (Reg Schwaben)  
**Cc:** kommunalrecht@lra-oal.bayern.de; Mayr, Stefanie (Reg Schwaben)  
**Betreff:** AW: Bürgerbegehren 'Dreitannenbichl'

**Von:** Papsthart, Stefan (Reg Schwaben) <Stefan.Papsthart@reg-schw.bayern.de>

**Gesendet:** Dienstag, 21. Mai 2024 17:14

**An:** Maximilian Eichstetter <m.eichstetter@stadt-fuessen.de>

**Cc:** kommunalrecht@lra-oal.bayern.de; Mayr, Stefanie (Reg Schwaben)  
<Stefanie.Mayr@reg-schw.bayern.de>

**Betreff:** AW: Bürgerbegehren 'Dreitannenbichl'

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Aussage unserer E-Mail vom 15.05.2024 an die Vertreter des Bürgerbegehrens „Erhalt des Dreitannenbichls (= Oblisberg) als Gesamtgrünfläche“ kann noch wie folgt verdeutlicht werden:

1. Ziel des Bürgerbegehrens ist der Erhalt des Gesamtareals ‚Dreitannenbichl‘ als zusammenhängende „Gesamtgrünfläche“ mit „alle[n] rechtlich zulässigen Mittel[n]“.
2. Der Füssener Stadtrat ist (erst) seit der Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens am 19.03.2024 gehalten, bis zur Durchführung des Bürgerentscheids keine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung mehr zu treffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung zu beginnen, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt haben rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde hierzu bestanden (Art. 18b Abs. 9 GO).  
Die von Ihnen genannte Grundstücksveräußerung und die sich daraus ergebende Stellung des Vermessungsantrags erfolgten demnach vor Eintritt dieser Sperrwirkung. Daraufhin wurde mittlerweile das Flurstück Nummer 970/35 aus dem Flurstück Nummer 970/17 [beide Gemarkung Füssen] herausgemessen.

Daraus folgt: Sollte es zu einem Bürgerentscheid im Sinne des Bürgerbegehrens kommen, wäre die Stadt danach verpflichtet, „alle rechtlich zulässigen Mittel“ zu ergreifen, um das zuvor beschriebene Gesamtareal ‚Dreitannenbichl‘ „als Gesamtgrünfläche“ zu erhalten. Was den genauen Inhalt dieser Verpflichtung angeht, wäre ggf. nach dem Status der betreffenden (Teil-)Flächen zu differenzieren:

- mit Grundstücken, über welche die Stadt verfügt, hätte sie unmittelbar im Sinne des Bürgerentscheids zu verfahren;
- hinsichtlich derjenigen Grundstücke des Gesamtareals, über die sie nicht (mehr) verfügt, wäre sie hingegen gehalten, alle (noch) vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um auch dort eine Nutzung im Sinne des Bürgerentscheids zu etablieren (d.h. insbesondere, sie müsste den *Versuch* unternehmen, auf die jeweils Verfügungsberechtigten im Verhandlungswege einzuwirken, ihr Grundstück möglichst naturbelassen zu nutzen).

In diesem Sinne ist auch das beigefügte Schreiben des Landratsamts Ostallgäu vom 23.04.2024 zu verstehen.

An das Landratsamt als für die Stadt Füssen unmittelbar zuständige Kommunalaufsichtsbehörde geht diese mit ihm abgestimmte E-Mail in Kopie.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Papsthart

Regierung von Schwaben  
Sachgebiet Kommunale Angelegenheiten  
Fronhof 10  
86152 Augsburg  
Telefon: (0821) 327-2542  
Telefax: (0821) 327-12542  
E-Mail: [stefan.papsthart@reg-schw.bayern.de](mailto:stefan.papsthart@reg-schw.bayern.de)

Unser Zeichen: 12-1404-2/30